

Wir machen Reform

In der deutschen Gesundheitspolitik sieht man zur Zeit den Wald vor lauter Bäumen nicht mehr. Alle machen Reform, jeder darf mal: Zahnbehandlung raus aus der gesetzlichen Krankenversicherung (oder doch nicht?), Tabaksteuer rein, Streichen des Arbeitgeberbeitrages oder Einfrieren, weniger Solidarität durch neue Zuzahlungen oder mehr über Steuermittel? Selbst Experten blicken bei den vielen Vorschlägen nicht mehr durch, im Zweifelsfall machen sie selbst noch zusätzliche.

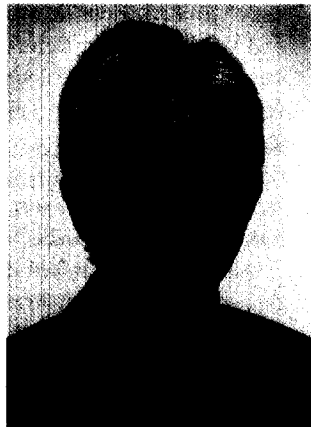
Der Bundesregierung schwebt die – dringend notwendige – Verbreiterung der Finanzierung unserer Krankenkassen durch die Ausdehnung der Solidarität in Form einer allgemeinen Bürgerversicherung vor. Als Idee ist das meiner Ansicht nach nicht schlecht. Wie es aber genau funktionieren soll und ob wir damit tatsächlich ein zukunftssicheres Finanzierungskonzept in der Hand haben, sagt uns erst einmal keiner. „Kein Handlungsbedarf“ lautet der politische Fachterminus – nach dem Willen der Regierung soll eine Gesundheitsreform erst nach den nächsten Wahlen 2006 wieder auf der Tagesordnung stehen.

Dafür darf jetzt die Opposition ran, und die macht es gründlich: CDU und CSU legten gleich zwei, dafür aber völlig gegensätzliche Reformvorschläge vor. Einheitliche Kopfpauschale oder doch weiterhin stark lohnbezogen, werden die Arbeitgeber entlastet oder doch weiterhin in die Solidarität einbezogen? Die Schlacht zwischen den Schwesterparteien füllte wochenlang die Politik- und Wirtschaftsseiten der Zeitungen.

Der Gipfel aber ist, dass man uns den schließlich im Hinterzimmer geborenen faulen Formelkompromiss zwischen Merkel und Stoiber gleich wieder als eine „Jahrhundertreform“ verkaufen will. Bitte, das geht doch wohl auch eine Nummer kleiner. Denn gerade bei diesem „Reformvorschlag“ gibt es noch viele wenn und aber. Vor allem: Wo sollen denn die vielen Steuermilliarden herkommen, mit denen die soziale Umverteilung finanziert werden soll?

Für uns als Ärzteschaft gilt es, bei jeder „Jahrhundertreform“ der nächsten Wochen und Monate nach zwei Kriterien zu fragen: Für unsere Patienten muss der Zugang zu unserer flächendeckenden und qualitätvollen Versorgung ohne Einschränkungen und zu große finanzielle Belastungen weiter möglich sein. Und wir brauchen endlich eine sichere finanzielle Basis für die Gesundheitsversorgung der Zukunft.

Also, liebe Politiker: Bitte etwas mehr Substanz!



Prof. Dr. Ingo Flenker,
Präsident der Ärztekammer
Westfalen-Lippe

Vertreterversammlung

Dr. Ulrich Thamer bleibt 1. Vorsitzender des KVWL-Vorstands **6**

Telematik im Gesundheitswesen

Modellprojekt Bochum-Essen ist gestartet **10**

Arztrecht

Die Lesbarkeit der ärztlichen Dokumentation **12**

Rumänienhilfe

Das Ärztehaus Reps steht – aber Hilfe ist noch für viele Jahre nötig **13**

Magazin

Informationen aktuell **4**

Persönliches **14**

Ankündigungen der Akademie für ärztliche Fortbildung der ÄKWL und KVWL **20**

Fortbildung in den Verwaltungsbezirken **45**

Ankündigungen des Instituts für ärztliches Management **16**

Bekanntmachungen der ÄKWL **17**

Bekanntmachungen der KVWL **18**

Impressum **44**